

Ressort: Politik

McAllister begrüßt Karlsruher Entscheidung zum Anleihekaufprogramm der EZB

Berlin, 08.02.2014, 01:00 Uhr

GDN - Der CDU-Spitzenkandidat für die Europawahl, David McAllister, begrüßt die Ankündigung des Bundesverfassungsgerichts, die Entscheidung über das Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank (OMT-Programm) dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorzulegen. "Die Bundesregierung hat ja selbst vor dem Bundesverfassungsgericht die Auffassung vertreten, dass die Frage der Rechtmäßigkeit solcher Ankäufe in die Zuständigkeit des EuGH falle", sagte McAllister der "Welt" (Samstagsausgabe).

Entscheidend sei, dass eine Aktivierung des Anleiheprogramms an scharfe Bedingungen geknüpft werde. Nun gelte es, die Entscheidung der Luxemburger Richter abzuwarten. Die Kläger gegen das OMT-Programm fühlen sich bestätigt. "Das ist in erster Linie eine gute Nachricht", sagte der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider der "Welt". Der Beschluss gebe den Verfassungsbeschwerden uneingeschränkt Recht. Karlsruhe habe festgestellt, dass die Beschwerde "voraussichtlich erfolgreich" wäre, gebe aber dem EuGH zugleich die Chance, das OMT-Programm vertragskonform zu interpretieren. Schachtschneider fürchtet aber, dass der EuGH "auch in diesem Fall zu weit" gehen werde und die OMT-Maßnahmen zulasse. Karlsruhe führe klar aus, dass es sich bei dem OMT-Programm um einen ausbrechenden Rechtsakt handle, der mit dem demokratierechtlich tragenden Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung unvereinbar sei. Ein ausbrechender Rechtsakt liegt vor, wenn die Europäische Union ihre Befugnisse überschreitet. Die EU hat nur Befugnisse im Rahmen der Verträge. Schachtschneider sagte, der EuGH pflege die Integrationsverträge weit überzogen zu interpretieren. "Ich bestreite dem Europäischen Gerichtshof die demokratische Legitimation. Er wird von den Regierungen der Mitgliedstaaten besetzt, den Gegenspielern der Bürgerrechte. Er entscheidet mit einfacher Mehrheit, kann also über die Interessen der Einzelstaaten hinweggehen", sagte er. Der Berliner Wirtschaftsrechtler Marcus Kerber sagte der "Welt", Karlsruhe sichere die deutschen Souveränitätsrechte und mache klar, dass es nicht akzeptabel sei, wenn europäische Institutionen ihre Kompetenzen überschritten. "Es gibt eine Senatsmehrheit, dass der OMT-Beschluss weit über das Primärrecht hinausgeht. An der Qualifizierung als europarechts- und damit verfassungsrechtswidrig führt kein Weg vorbei", sagte Kerber.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-29725/mcallister-begruesst-karlsruher-entscheidung-zum-anleihekaufprogramm-der-ezb.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619